

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 11. Mai 2021

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 04. bis 06. Mai 2021

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 04. bis 06. Mai 2021 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 04. Mai 2021

Nr. 20/211 S

Stärkung der Jugendverbandsarbeit – Rahmenkonzept entwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 4. Februar 2021
(Drucksache [20/403 S](#))

Der Antrag ist von den Antragsstellern zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/212 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 3. Mai 2021

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Bericht über die Beträge aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen für das Jahr 2020

Mitteilung des Senats vom 13. April 2021
(Drucksache [20/432 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschließlich Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt für das Haushaltsjahr 2018

Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019
(Drucksache [20/103 S](#))

Die Stadtbürgerschaft erteilt dem Senat aufgrund § 114 Abs. 1 in Verbindung mit § 118 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2018 und vom Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Jahresbericht 2020 – Stadt – nach § 97 Landeshaushaltsordnung

Bericht des Rechnungshofs
vom 13. März 2020
(Drucksache [20/144 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Jahresbericht 2020 des Rechnungshofes Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2018 (Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019 (Drs. [20/103 S](#)) und Jahresbericht 2020 – Stadt – des Rechnungshofs vom 13. März 2020 (Drs. [20/144 S](#)))

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses vom 29. April 2021
(Drucksache [20/441 S](#))

Die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen im Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/213 S

Fragestunde

1. Bedarfe und Anspruch auf Babyschalen und Kindersitze in Taxis in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 17. März 2021
 2. „Förderung vielfältiger Perspektiven im Beirat Vahr“ – Wie halten es SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den demokratischen Rechten kleinerer Fraktionen und der Gleichberechtigung verschiedener Geschlechter?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 17. März 2021
 3. Tarifeinheit in der Straßenreinigung Bremen
Ingo Tebje, Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 19. März 2021
 4. Henny Brunken – Bremens „Gerechte unter den Völkern“
Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. März 2021
 5. Wann durchquert eine Straßenbahn die Überseestadt?
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. März 2021
 6. Unzulässige Müllablagerungen in Bremens Wohngebieten
Anfrage der Abgeordneten Petra Krümpfer, Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 24. März 2021
 7. Realisierung der Discgolf-Anlage in Pellens Park im Stadtteil Burglesum
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU
- Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
8. Unterstützung für benachteiligte Familien bei der Maskenpflicht in Schulen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Miriam Strunge und Fraktion DIE LINKE vom 16. April 2021
 9. Kommerzielle Verwertung der Namen von BSAG-Haltestellen?
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. April 2021

10. Wohnungen auf dem Supermarkt?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2021

11. Nutzung der Unterstützung im Alltag für Pflegebedürftige in der Stadt Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2021

12. Onlineangebote an der Volkshochschule

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2021

13. Stärkerer Infektionsschutz im ÖPNV

Anfrage der Abgeordneten Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 23. April 2021

14. Alternativstandorte für die Ansiedlung einer LNVG-Bahnwerkstatt

Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Falk Wagner, Anja Schiemann, Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 27. April 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/214 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Offener Streit in der Koalition um die Domsheide:
Umgestaltung darf nicht zulasten der Glocke gehen!“.**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/215 S

Obernstraße und Domsheide zusammendenken: Jetzt die Machbarkeit der Verlegung der Straßenbahn prüfen und bei der Umgestaltung der Domsheide berücksichtigen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Mai 2021
(Drucksache [20/443 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/216 S

Fachkräfte für die Kindertagesbetreuung gewinnen und Ausbau absichern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 4. Mai 2021
(Drucksache [20/444 S](#))

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. die Ausbauplanung der Kinderbetreuungsplätze für unter dreijährige Kinder auf eine Betreuungsquote von mindestens 60 Prozent je Stadtteil anzupassen und den Ausbau im Ü3-Bereich auf Vollversorgung ausgerichtet weiterzuführen;
2. die durch Integrierten Regelausbildung erfolgte Attraktivierung der Ausbildung öffentlich zu bewerben;
3. in den Fachschulen weitere Teilzeitklassen einzuführen, deren Teilzeitmodell so ausgestaltet ist, dass es auf die Bedarfe von Alleinerziehenden und junge Eltern zugeschnitten ist, zum Beispiel durch 5-Tagesmodelle mit jeweils vier bis fünf Stunden Ausbildungsdauer in den Vormittagsstunden;
4. zu prüfen, ob und welche Maßnahmen zur Anwerbung von ausgebildeten Fachkräften aus anderen Bundesländern eingeführt werden können, zum Beispiel durch Umzugsprämien;
5. Pilotstandorte der angestellten Kindertagespflege schnell umzusetzen, um zusätzliche Kindertagespflegepersonen zu gewinnen, zu schulen und berufsbegleitend zur Erzieher:in weiterzubilden;

6. berufsbegleitende Weiterbildungsprogramme für Sozialassistent:innen, Kinderpfleger:innen und selbständige Kindertagespflegepersonen auszubauen und zu erleichtern;
7. weitere Möglichkeiten zur Steigerung der Verfügbarkeit von Flächen für die Errichtung von Kindertageseinrichtungen zu prüfen, zum Beispiel durch die Einrichtung eines Flächenfonds zum Ankauf zusätzlicher Flächen;
8. zu prüfen, inwiefern die Anwendung modularer Bauweisen und Entwicklung von variablen Modulbauten in Trägerschaft von Immobilien Bremen oder den öffentlichen Baugesellschaften ausgebaut werden kann;
9. der städtischen Deputation für Kinder und Bildung binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung über die ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/217 S

Taten statt Worte – Fachkräftegewinnung im Bereich der Kindertagesbetreuung vorantreiben!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. Mai 2021
(Drucksache [20/447 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/218 S

Den ÖPNV krisenfester aufstellen – Zusätzliche Fahrzeuge kurz- und langfristig bereitstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 2020
(Drucksache [20/346 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/219 S

Den ÖPNV krisenfester aufstellen – Zusätzliche Fahrzeuge kurz- und langfristig bereitstellen

Bericht der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung vom 14. Januar 2021

(Drucksache [20/384 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/220 S

Schaffung und Erweiterung niedrigschwelliger Angebote für Kinder ohne Kitaplatz von 3 bis 6 Jahren!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 4. Mai 2021

(Drucksache [20/445 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 4. Mai

(Drucksache [20/446 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis Ende Juni ein Kurzkonzept zur Schaffung neuer und Erweiterung bestehender niedrigschwelliger Angebote frühkindlicher Bildung und pädagogischer Betreuung für Elementarkinder ohne Kitaplatz ab dem Kindergartenjahr 2021/2022 vorzulegen und finanziell abzusichern. Das Konzept kann verschiedene Angebote umfassen, wie zum Beispiel Spielkreise, die Stärkung und Ausweitung der bestehenden Spielhäuser und Schaffung betreuter Kinderspielplätze (gegebenenfalls unter Einsatz mobiler Infrastruktur für Aufenthalt und Sanitär) oder andere Formen niedrigschwelliger Angebote für Kinder im Elementaralter.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, sicherzustellen, dass das hierfür gewonnene Personal pädagogische Fachkräfte oder Fachkräfte angrenzender Professionen sind.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, das Kurzkonzept der städtischen Deputation für Kinder und Bildung und der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vor Beginn des nächsten Kita-Jahres vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/221 S

Zweites Ortsgesetz zur Änderung der Sondernutzungskostenordnung

Mitteilung des Senats vom 23. März 2021
(Drucksache [20/428 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/222 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Die Häuser der Familie – auf dem Weg in die Zukunft
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD
und
DIE LINKE
vom 20. Januar 2021
(Drucksache [20/391 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. März 2021
(Drucksache [20/417 S](#))
2. Bremer Beleuchtungsstandard auf dem Prüfstand?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Januar 2021
(Drucksache [20/394 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. April 2021
(Drucksache [20/433 S](#))
3. Aufhebung der Nachtflugbeschränkung des Hans-Koschnick-
Flughafens von 22:30 Uhr bis 6:00 Uhr hier in Bremen

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)
vom 1. März 2021
(Drucksache [20/414 S](#))
4. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 17
vom 30. April 2021
(Drucksache [20/442 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 05. und 06. Mai 2021

Nr. 20/462

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zuwendungsrecht modernisieren – unnötige Bürokratie und Hemmnisse für Träger abbauen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/704](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/797](#))
2. Clusterpolitik und Innovationsförderung im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/847](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 16. April 2021
(Drucksache [20/900](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/463

Präventive Schuldner:innenberatung weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. März 2021
(Neufassung der Drucksache [20/783](#) vom 20. Januar 2021)
(Drucksache [20/876](#))

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/464

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. Mai 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. 3. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen
Datenschutzgrundverordnung

vom 26. März 2021
(Drucksache [20/891](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 3. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. 15. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

vom 26. März 2021
(Drucksache [20/892](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 15. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Bericht über die Beträge aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen für das Jahr 2020

Mitteilung des Senats vom 13. April 2021
(Drucksache [20/899](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Konsolidierungsbericht 2020 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 20. April 2021
(Drucksache [20/917](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Fünfundzwanzigste Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats
vom 21. April 2021
(Drucksache [20/922](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von
Coronaverordnungen – 25. Coronaverordnung

Mitteilung des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses
vom 27. April 2021
(Drucksache [20/930](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Änderung des § 88a der Geschäftsordnung

Bericht und Antrag des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses
vom 28. April 2021
(Drucksache [20/936](#))

Der § 88a der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 3. Juli 2019, die zuletzt durch Beschluss vom 17. Dezember 2020 geändert wurde, wird wie folgt geändert:

In Absatz 6 werden die Wörter „6. Mai“ durch die Wörter „31. Dezember“ ersetzt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschließlich Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt für das Haushaltsjahr 2018

Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019
(Drucksache [20/206](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen: Jahresbericht 2020 - Land - nach § 97 Landeshaushaltsordnung (LHO)

Bericht des Rechnungshofs vom 13. März 2020
(Drucksache [20/324](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2020 des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2018 Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019 (Drs. [20/206](#)) und Jahresbericht 2020 - Land - des Rechnungshofs vom 13. März 2020 (Drs. [20/324](#))

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 30. April 2021
(Drucksache [20/940](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/465

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE sowie Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Historisches Urteil: Wirksames Klimaschutzgesetz schaffen und Freiheitsrechte junger Menschen erhalten!“

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/466

Hasskriminalität gegen queere Menschen entschlossen entgegentreten

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 18. Februar 2021

(Drucksache [20/836](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. seinen Einfluss geltend zu machen, damit Hasskriminalität in Deutschland künftig entsprechend den Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz erfasst wird;
2. ab dem Jahr 2021 neben der klassischen Polizeilichen Kriminalstatistik auch die dort nicht enthaltenen Landesdaten zur politisch motivierten Kriminalität nach dem Vorbild Berlins zu veröffentlichen und dabei queerfeindliche Straf- und Gewalttaten gesondert auszuweisen;
3. ein Konzept zu erarbeiten, um Menschen, die Opfer oder Augenzeug:in von Straftaten gegen queere Menschen geworden sind, zu ermutigen, Anzeige zu erstatten und auch den queerfeindlichen Hintergrund zu benennen;
4. entsprechend dem bestehenden Gewaltschutzkonzept für Geflüchtetenunterkünfte ein Schutzkonzept für queere Menschen, die in weiteren staatlichen Einrichtungen wie

Wohnungslosenunterkünften und Justizvollzugsanstalten leben, zu erstellen, um sie vor queerfeindlichen Hassdelikten und Gewalttaten zu schützen;

5. sich auf Bundesebene und im Bundesrat dafür einzusetzen, dass ein nationaler Aktionsplan für Vielfalt und zur Bekämpfung von Homo-, Trans- und Queerfeindlichkeit erarbeitet wird; erarbeitet werden soll der Aktionsplan von einer einzusetzenden Expert:innenkommission bestehend aus Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, LGBTIQ*-Organisationen, Wissenschaft, Justiz und Sicherheitsbehörden;
6. eine Studie zu queerfeindlicher Hasskriminalität in Bremen in Auftrag zu geben, die belastbare, empirische Daten zu Gewalttaten erhebt und das Dunkelfeld untersuchen soll;
7. dafür Sorge zu tragen, dass queerfeindliche Hasskriminalität künftig in angemessener Weise auch Gegenstand der Beratungen der Innenministerkonferenz sein wird;
8. sich im Bundesrat für die Änderung des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz einzusetzen, um ein ausdrückliches Verbot von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität zu verankern.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/467

Inklusion im Bremischen Wissenschaftssystem stärken – Barrierefreiheit und Interessenvertretung sicherstellen!

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD

vom 30. September 2020

(Drucksache [20/638](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2020

(Drucksache [20/747](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/468

Bremisches Wohnraumschutzgesetz (WoSchG)

Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/841](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/469

Alljährlich am Tag der Befreiung Flagge zeigen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der CDU und der FDP
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/883](#))

Gemäß § 87 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft beschließt die Bürgerschaft (Landtag), dass ab 2021 alljährlich am 8. Mai am Haus der Bürgerschaft die Bremer Landesflagge, die Bundes- und die Europaflagge gehisst werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/470

Projekt „Input aus politischen Debatten in Regionalparlamenten für die Erstellung des jährlichen Arbeitsprogramms der EU-Kommission“

Bericht und Antrag des Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
vom 3. Mai 2021
(Drucksache [20/942](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit Kenntnis und bittet den Präsidenten, die Stellungnahme an das CALRE-Sekretariat weiterzuleiten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/471

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 18

vom 30. April 2021
(Drucksache [20/943](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/472

Zwischenbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“

Bericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“
vom 16. März 2021
(Drucksache [20/875](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Zwischenbericht der Enquetekommission Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/473

Neu aufgelegte DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven umsetzen und einhalten!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 14. April 2021
(Drucksache [20/907](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Einhaltung der neu aufgelegten DGE-Standards in den Küchen und Mensen der Schulen im Land Bremen sicherzustellen, auch durch regelmäßige Kontrollen;
2. die neu aufgelegten DGE-Standards dem Personal in den Küchen und Mensen zur Verfügung zu stellen und durch geeignete

Maßnahmen wie Fortbildungen bei der Einhaltung der DGE-Standards zu unterstützen;

3. mit den Betreiber:innen, deren Nutzungskonzessionen vor 2010 abgeschlossen wurden, gemeinsam nach Wegen zur Erweiterung dieser Konzessionen zu suchen, sodass auch hier die DGE-Standards Grundlage des Angebots werden und deren Einhaltung insbesondere mit Blick auf die Gestaltung der Speisepläne in den Schulmensen sichergestellt wird;
4. dafür Sorge zu tragen, dass die Erzeugungsbedingungen und die Herkunft von Lebensmitteln sowie die Auswirkungen der Produktion und des Verzehrs auf Menschen, Tiere, Umwelt und Klima auch weiterhin im Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen behandelt werden;
5. der Bürgerschaft (Landtag) ein Jahr nach Beschlussfassung einen Bericht vorzulegen, in dem dezidiert Auskunft über den aktuellen Stand der Umsetzung gegeben wird.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/474

Den Aufbau einer internationalen „Klima-Universität“ im Land Bremen und in der Region vorantreiben, eine riesige Chance für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bremen nutzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. April 2021
(Drucksache [20/921](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/475

Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. September 2019
(Drucksache [20/51](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/476

Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!

Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/641](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/477

Freiräume für Jugendvertretungen im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/648](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/478

Fragestunde

1. Gestiegener Konsum von Spice und dessen Nachfolgeprodukten an Schulen im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Birgit Bergmann, Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. März 2021
2. Haben die Themen Selbständigkeit und Gründen einen Platz in der beruflichen Orientierung im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. März 2021
3. Nutzung des Nutri-Scores im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. März 2021
4. Belästigungen von Schüler:innen im Online-Unterricht?
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. März 2021
5. Lernangebote für Schülerinnen und Schüler in den Ferien 2021
Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwieser, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. März 2021
6. Erhalt von Gaststättenerlaubnissen in Zeiten der Pandemie
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 23. März 2021
7. Landesmindestlohn für Beschäftigte der Werkstätten für behinderte Menschen?
Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 24. März 2021
8. Infektiosität zweifachgeimpften Personals und Auswirkung auf die Maskenpflicht
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 24. März 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Wiederbelebung der Bremerhavener Innenstadt: Was passiert mit den Mitteln aus dem Bremen-Fonds?

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. März 2021

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

10. Schnelltests von Schüler:innen und Schulpersonal an den Schulen im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. März 2021

11. Ist die Kontaktnachverfolgung in Bremerhaven noch gewährleistet?

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. März 2021

12. Regenbogenfamilien endlich rechtlich gleichstellen

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 25. März 2021

13. Barrierefreiheit der Luca-App

Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 13. April 2021

14. Wie ist der derzeitige Stand bei der Gasumstellung in Bremerhaven?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2021

15. Können die Vorgaben des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BremBGG) eingehalten werden?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2021

16. Umsetzungsstand der Maßnahme „Perspektive Arbeit für Frauen“ (PAF)

Anfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 28. April 2021

17. Impfstatus und -bereitschaft der besonders gefährdeten Altersgruppe 80+

Anfrage der Abgeordneten Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. April 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/479

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 5. Mai 2020

(Drucksache [20/375](#))

Der Antrag ist durch die Annahme der Drucksache [20/878](#) erledigt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/480

Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesverfassung – Stärkung der Kinderrechte und redaktionelle Änderung des Artikel 148

Bericht und Antrag des 1. Ausschusses nach Artikel 125 Absatz 2 der Bremischen Landesverfassung

vom 18. März 2021

(Drucksache [20/878](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des 1. Ausschusses nach Artikel 125 Absatz 2 der Bremischen Landesverfassung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/481

Nachbesserungen bei den Covid-19-Ausgleichszahlungen aus Bundesmitteln für Krankenhäuser

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 30. April 2021

(Neufassung der Drucksache [20/925](#) vom 26. April 2021)

(Drucksache [20/941](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Verordnung für die Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser wie folgt geändert wird:
 - Sicherstellung der finanziellen Schutzmaßnahmen für die Krankenhäuser bis zum Jahresende 2021, damit die Häuser Planungssicherheit erhalten.
 - Bei der Berechnung der Ausgleichszahlungen für das laufende Jahr müssen die Werte, unter anderem Inzidenzen, Referenzwerte, weiterhin an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Ausgleichszahlungen des Landes für freigehaltene Betten im Zuge der Covid-19-Pandemie bis zum Jahresende fortzusetzen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der staatlichen Deputationen für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz im Sommer 2021 über das Ergebnis der Initiative zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/482

Regierungserklärung des Senats zum Thema: „Bekämpfung der Corona Virus SARS-CoV-2-Pandemie“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/483

Änderung der Fünfundzwanzigsten Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 4. Mai 2021
(Drucksache [20/951](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 5. Mai 2021

(Drucksache [20/955](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Änderungsverordnung der Fünfundzwanzigsten Coronaverordnung sieht.

Beschluss:

Siehe Senatsbeschluss vom 04.05.2021 zu TOP 28.

Nr. 20/484

First Things First: Physische und psychische Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche interdisziplinär beraten!

Antrag der Fraktionen der FDP, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU

vom 4. Mai 2021

(Neufassung der Drucksache [20/926](#) vom 27. April 2021)

(Drucksache [20/952](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. möglichst kurzfristig einen digitalen Kinder-Corona-Gipfel einzuberufen, um mit relevanten Akteur:innen Bedarfe bei Kindern und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven zu identifizieren. Darauf aufbauend sollen weitere Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Dabei sind mindestens folgende Schwerpunktfragen zu behandeln:
 - a) Besteht der Bedarf an zusätzlichem psychologischen und pädagogischen Personal an den Bildungseinrichtungen, um digital und analog, während und nach der Pandemie die durch Corona entstandenen o-der verschärften Beratungs- und Unterstützungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufzufangen?
 - b) Wäre eine niedrigschwellige Kampagne sinnvoll, die Kinder und Jugendliche, Eltern und Institutionen über Hilfsangebote informiert, und wenn ja, wie kann diese aussehen?
 - c) Sind die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit, die offene Jugendarbeit sowie Einrichtungen des Kinderschutzes ausreichend ausgestattet, um möglicherweise erhöhten Bedarfen gerecht werden und um pandemiegerechte Angebote entwickeln zu können, und wenn nicht, welche weiteren Bedarfe gibt es?
 - d) Wie kann der aktuelle Bedarf an Therapie- und Betreuungsplätzen für Kinder und Jugendliche (zum Beispiel in der Psychotherapie und Psychiatrie) erfasst und gegebenenfalls der Ausbau des Bremer Therapie- und Beratungsnetzwerkes vorangetrieben werden? Hier ist auch an interkulturelle und mehrsprachige Therapieangebote zu denken.
 - e) Wie kann das Betreuungs-, Freizeit- und Lernangebot für die Ferienzeiten in den kommenden Jahren quantitativ und qualitativ für Kinder und Jugendliche ausgeweitet und pandemiefest aufgestellt werden?
 - f) Sind die Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche mit familiären Gewalterfahrungen ausreichend oder müssen sie in Umfang und Intensität angepasst werden?
 - g) Sind die Angebote für Kinder und Eltern in einzelnen Stadtteilen und Quartieren bedarfsdeckend, auch im Hinblick auf Mehrsprachigkeit und interkulturelle Aspekte?
 - h) Muss in Stadtteilen und Quartieren mit einer hohen Armutsquote zusätzliches psychologisches und pädagogisches Personal in den Häusern für Familien sowie Stadtteil- und Familienzentren zur Verfügung gestellt werden, um digital und analog, während und nach der Pandemie die

durch Corona entstandenen oder verschärften Beratungs- und Hilfsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufzufangen?

2. nach drei Monaten der staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration und der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung vom Kinder-Corona-Gipfel ausführlich über Bedarfe und Maßnahmen zu berichten und künftig im Abstand von sechs Monaten über die Fortschritte in den jeweiligen Zuständigkeitsfeldern zu informieren.
3. sich auf Bundesebene für ein bund- und länderübergreifendes Aktionsbündnis für Kinder- und Jugendgesundheit einzusetzen, welches weitere pandemiebedingten Bedarfe im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik auf Bundesebene identifiziert, zielgerichtet Maßnahmen koordiniert und die Länder in ihren Aktivitäten unterstützt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/485

„Music was my first love“ – Musikclubs als Kulturorte anerkennen und fördern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/636](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt an, dass Musikclubs und die Clubkultur im Allgemeinen einen wichtigen Bestandteil des kulturellen Lebens bilden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen musikalische beziehungsweise kulturelle Angebote in Clubs im Rahmen der Kulturförderung Unterstützung erhalten könnten. Hierbei sind einzelne Programme, Veranstaltungen oder Konzerte, die sich wirtschaftlich nicht selbst tragen, in den Blick zu nehmen. Außerdem möge der Senat prüfen, ob finanzielle Mittel zur Realisierung einer solchen Förderung im Doppelhaushalt 2022/2023 bereitgestellt werden könnten.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt darüber hinaus an, dass Musikclubs über ihre kulturelle Bedeutung hinaus ein wichtiger Standortfaktor sind und die Ansiedlung von Unternehmen der Musik- und Kreativwirtschaft begünstigen, den Tourismus stärken und die Attraktivität der Stadt für junge Arbeitnehmer:innen

erhöhen, und hält es daher für geboten, Musikclubs auch weiterhin im Rahmen der Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung zu unterstützen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei zukünftigen Planungen im Umfeld von bestehenden Spielstätten und Musikclubs das „Agent of Change Prinzip“ anzuwenden, um diese Kultureinrichtungen vor Verdrängung zu schützen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Musikclubs – in Abgrenzung zu Diskotheken – als Anlagen für kulturelle Zwecke anerkannt werden und die baurechtliche Benachteiligung aufgehoben wird.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Kultur zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/486

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gender Pay Gap in der Bremer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft verringern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. Oktober 2020
(Drucksache [20/673](#))
2. Gemeinsam mit aller Kraft gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen im Land Bremen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. November 2020
(Drucksache [20/684](#))
3. Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch muss höchste Priorität haben!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2020
(Drucksache [20/444](#))
4. Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch muss höchste Priorität haben!
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 3. Dezember 2020
(Drucksache [20/732](#))

5. Kinder und Jugendliche auf allen Ebenen schützen!
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 23. März 2021
(Drucksache [20/882](#))
Dazu
Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/937](#))
6. Clankriminalität nachhaltig und koordiniert vorbeugen und bekämpfen
Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/698](#))
7. Lebenslanges Lernen als Berufsqualifizierung: Wird die Fort- und Weiterbildungsstruktur im Land Bremen dem Anspruch guter Bildungsqualität gerecht?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 30. November 2020
(Drucksache [20/725](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/851](#))
8. Wie kommt Bremerhaven durch die Corona-Pandemie?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Dezember 2020
(Drucksache [20/752](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2021
(Drucksache [20/825](#))
9. Welche Bedeutung hat die faire Verteilung und Organisation von Sorgearbeit in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Dezember 2020
(Drucksache [20/754](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/852](#))
10. Wird die Corona-Pandemie geschlechtergerecht bewältigt?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Dezember 2020
(Drucksache [20/761](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/853](#))
11. Prävention, Deradikalisierung und Gefahrenabwehr im Bereich Islamismus
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Februar 2021

(Neufassung der Drucksache [20/763](#) vom 21. Dezember 2020)
(Drucksache [20/837](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. März 2021
(Drucksache [20/871](#))

12. International verpflichtendes Meldesystem für auf See verlorengegangene Container einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/791](#))
13. Arbeitsschutz stärken, Beschäftigte schützen
Antrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/800](#))
14. Die EU-Whistleblower-Richtlinie umfassend umsetzen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 27. Januar 2021
(Drucksache [20/802](#))
15. Bleimunition verbieten! – Gesetz zum Verbot bleihaltiger Munition bei der Jagdausübung
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 14. Januar 2021
(Drucksache [20/776](#))
16. Bienenbestand im Land Bremen statistisch erfassen und schützen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/811](#))
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/840](#))
17. Kindersicherheit stärken, Bußgelder erhöhen!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/812](#))
18. Faxgeräte in der Bremer Verwaltung überflüssig machen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKEN
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/813](#))

19. Stufenweiser Wiedereinstieg: Sport ermöglichen und Gesundheit schützen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/845](#))
20. Täterarbeit als Prävention
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/793](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 16. März 2021
(Drucksache [20/872](#))
21. Homeoffice im bremischen öffentlichen Dienst
Große Anfrage der Fraktion der CDU
von 9. Februar 2021
(Drucksache [20/819](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 20. April 2021
(Drucksache [20/918](#))
22. Antrag auf Erlass einer verbindlichen Kleiderordnung für Abgeordnete und Mitarbeiter in der Bremer Bürgerschaft
Antrag des Abgeordneten Peter Beck
vom 1. März 2021
(Drucksache [20/849](#))
23. Richtlinie Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/856](#))
24. Kleine Schritte, große Wirkung: Hinzuverdienstmöglichkeiten von Jugendlichen aus Familien im ALG-II-Bezug verbessern
Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. November 2020
(Drucksache [20/724](#))
25. Kleine Schritte, große Wirkung: Hinzuverdienstmöglichkeiten von Jugendlichen aus Familien im ALG-II-Bezug verbessern
Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
vom 8. März 2021
(Drucksache [20/859](#))
26. Alle Religionsgemeinschaften im Land Bremen verdienen Respekt und Schutz
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. März 2021
(Drucksache [20/869](#))

27. Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/274](#))
28. Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Angelegenheit der
Häfen im Lande Bremen
vom 18. März 2021
(Drucksache [20/877](#))
29. Wirksames Luftfilterprogramm aufsetzen: Öffnungen ermöglichen
und Leben retten!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. April 2021
(Drucksache [20/935](#))
30. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/938](#))
31. Den Verlust von Containern in der Seeschifffahrt effektiv
verhindern
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die
Grünen
vom 3. Mai 2021
(Drucksache [20/944](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.